

Bern



Römisch-katholische Kirche
Der Synodalrat hat seinen
neuen Präsidenten gewählt. 23



Der Bau der Kornhausbrücke 1897/98 war der Startschuss zur Überbauung des heutigen Breitenrainquartiers (Bild aus der Ausstellung im Kornhausforum). Foto: zvg

Waffe gehört dem Schützen - nun handelt die Armee

Der Mann aus Schaffhausen schoss vermutlich mit einer Pistole, die er gar nicht mehr hätte besitzen dürfen. Die Armee räumte gestern eine Panne ein.

Simona Benovici, Dölf Barben

Nun ist es verständlich, warum es so lange dauerte, bis die Polizei informierte: Hinter der Frage, ob die in Schaffhausen am Tatort gefundene Armeewaffe tatsächlich dem Schützen gehört, steckt viel Brisanz. Gestern nämlich haben die bernischen Behörden und das eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) nahezu zeitgleich Mitteilungen verbreitet, die eng zusammenhängen. Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei Bern liessen wissen, bei der Pistole handle es sich um die Waffe, die der Schütze im Rahmen seines Armeediens-tes erhalten habe. Das VBS wiederum liess verlauten, dass der Mann eigentlich gar nicht mehr im Besitz der Pistole hätte sein dürfen.

Der heute 35-Jährige war laut VBS-Mitteilung bereits 2007 aus medizinischen Gründen vorzeitig aus der Armee entlassen worden. Zu diesem Zeitpunkt hätte der Korporal seine Waffe zusammen mit der weiteren persönlichen Ausrüstung abgeben müssen. Das ist allerdings nie geschehen, wie Armeesprecher Daniel Reist gestern einräumte. Die Gründe dafür sollen untersucht werden. Aber nicht nur das: Die Dossiers all jener Personen, die in den letzten zehn Jahren aus medizinischen Gründen vorzeitig aus der Armee entlassen wurden, sollen überprüft werden (siehe Seite 1).

Die Nummer machte alles klar

Die Panne wurde entdeckt, nachdem die Staatsanwaltschaft Emmental-Oberaargau das VBS am Mittwoch, also einen Tag nach dem Drama, über die auf der Pistole eingestanzte Identifikationsnummer informiert hatte. Aufgrund dieser Nummer habe die Waffe innert Kürze als die persönliche Armeewaffe des Schützen identifiziert werden können, sagte Daniel Reist. Alle Waffennummern und die zugehörigen Daten der rechtmässigen Besitzer sind in einer Datenbank der Armee aufgeführt («Bund» von gestern). In dieser Datenbank war die Waffe noch immer als Ordonnanzwaffe des Schützen eingetragen. Warum dieser für untauglich erklärt wurde, konnte Reist mit Verweis auf Persönlichkeitsrechte nicht sagen. Klar ist nur, dass unter dem Begriff «medizinische Gründe» nicht nur körperliche, sondern auch psychische Leiden verstanden werden.

Bereits am Mittwoch hatte die Polizei mitgeteilt, dass es sich bei der vorgefundenen Waffe um eine Armeepistole handelt. Ob es aber auch die Tatwaffe ist, mit der am Dienstag ein Polizist erschossen wurde, ist nach wie vor nicht erwiesen. Die Untersuchungen des Kriminaltechnischen Dienstes seien im Gang, heisst es in der gestrigen Polizeimitteilung. Bis das Ergebnis vorliegt, dürfte es «noch einige Tage» dauern.

Über die Zahl der vorgefundenen Projektilen und den Ort, wo sie gefunden wurden - ausserhalb oder innerhalb der Wohnung -, gab es auf Nachfrage keine weiteren Informationen.

Heute in der Lorraine

Brunch und Tanz in Nachbars Garten

Im Rahmen des Berner Umwelttages von heute Samstag stehen ab 10 Uhr im Lorrainequartier die Tore von über 30 privaten Gärten und Terrassen offen. Die Anwohnerinnen und Anwohner erwarten ihre Besucher mit Brunch, Flohmärkten, Kurzfilmen, Livemusik oder auch Tanzstunden. Schwindelfrei wagen vom Flachdach der Gibb aus einen Blick auf die Stadt Bern. (pd)

Den Gartenplan und weitere Infos findet man unter www.laebigi-lorraine.ch.

Bern endet am Rand von Zollikofen

Der städtische Raum ist längst über die Gemeindegrenzen hinausgewachsen. Ausstellungsmacher Bernhard Giger plädiert für eine engere Kooperation von Berns Nachbargemeinden mit der Bundesstadt.

Interview: Bernhard Ott

Bernhard Giger, wo endet die Stadt? Die Stadt endet heute weit ausserhalb der politischen Grenzen. Der Stadtrand wird etwa durch die Siedlung Rüti in Ostermundigen oder den Rand von Zollikofen markiert.

Die Ausstellung im Kornhausforum thematisiert unter anderem die Fusionsversuche Berns mit den Aussengemeinden in den 1920er-Jahren. Woran sind diese gescheitert? Das hatte verschiedene Gründe: An Fusionen mit Ostermundigen und Bremgarten war die Stadt aus finanziellen Gründen kaum interessiert. Bolligen gegenüber versuchte man zu pokern, indem man eine Eingemeindung nur dann zu akzeptieren bereit war, wenn sich auch Muri mit seinen grossen Landreserven anschliessen würde. Eine Wende brachte die Änderung des kantonalen Steuergesetzes im Jahr 1919. Bis dahin galt die Steuerpflicht am Arbeitsort, wovon die Stadt profitiert hatte. Neu musste am Wohnort versteuert werden, was die finanzielle Lage einer Gemeinde wie Ostermundigen wieder verbesserte.

Bernhard Giger

Bernhard Giger ist Leiter des Kornhausforums. Er hat die Ausstellung «Wo endet die Stadt? Politische Grenze und städtischer Raum in Bern» konzipiert. Die Ausstellung ist noch bis am 27. Juni geöffnet. www.kornhausforum.ch



Vor hundert Jahren scheint man in Sachen Fusionen weiter gewesen zu sein als heute?

Es ist ziemlich erschütternd, dass der politische Prozess seither an Ort getreten ist. Steuerliche Gründe sprechen heute kaum mehr gegen Fusionen, da Regionsgemeinden zum Teil höhere Steuersätze haben als Bern. Es bleibt das emotionale Argument des drohenden Identitätsverlustes. Ein Blick auf Zürich zeigt, dass dieses Argument nicht stimmt. Zürich hat Anfang des 20. Jahr-

hunderts rund 20 Dörfer eingemeindet. Ein Stadtteil wie Albisrieden hat aber seinen dörflichen Charakter bis heute behalten. Letztlich geht es aber auch um einen drohenden Machtverlust gewisser Gemeindepolitiker. Diese Leute bestimmen heute die Regionalpolitik.

Der Könizer Gemeindepräsident sagte jüngst, Köniz fusioniere eher mit Kehrsatz als mit Bern.

Das sind alte Feindbilder, die heute einfach nur noch provinziell wirken. Köniz ist aber ein Sonderfall, weil die Gemeinde tief in den ländlichen Raum reicht. Vor neunzig Jahren gab es ein Initiativkomitee zur Eingemeindung von Wabern und Liebefeld. Das hätte letztlich aber eine Teilung der Gemeinde Köniz bedeutet, was die damaligen Gemeinde-Oberen abgelehnt haben.

Fusionen scheinen unmöglich. Liegt das Heil beim Wohnungsbau nun in der Verdichtung?

Für Bern ist das ein Lösungsansatz. Die Zustimmung zur Überbauung Holligen signalisiert eine Wende. Noch vor fünfzehn Jahren wäre ein derart deutliches Ja zur Überbauung eines Familiengartenareals undenkbar gewesen.

Kommen nun auch das Viererfeld und die Waldstadt infrage?

Das wird schwierig. Es gibt wohnpolitische Tabus. Das Viererfeld ist ein solches Tabu. Das hat mit sentimental Bindungen zu tun. Allerdings schien das beim Bau der Autobahn durch den Wald kein Problem gewesen zu sein.

Und die Waldstadt?

Der Wald ist das andere Tabu. Eine grosse Mehrheit will den Wald nicht für Wohnraum opfern.

Kann Verdichtung die Stadterweiterung ersetzen?

Nein, Verdichtung ist nur eine Massnahme zum Wachstum. Längerfristig ist aber nicht nur die Stadt auf engere Kooperation angewiesen. Auch die Gemeinden mit abgelehnter Ortsplanung können sich nicht mehr entwickeln. Der

Gemeindepräsident von Ittigen hat jüngst im Scherz gesagt: «Jetzt müssen wir halt fusionieren, damit wir wieder Bauland haben.» In einem grösseren Gemeinwesen könnte man die Bautätigkeit im urbanen Raum umfassender regeln.

Kann die Regionalkonferenz solche Fragen regeln?

Dafür ist das Gebilde wohl zu gross. Aber eine Teilkonferenz Agglo wäre vielleicht das richtige Gefäss.

Die Verdichtung in der Stadt hat Grenzen. Die abgelehnten Ortspla-

nungsrevisionen blockieren viele Regionsgemeinden. Wo liegt der Ausweg?

Eine nächste Generation wird den städtischen Raum anders sehen. Heutige Zwanzigjährige bewegen sich viel selbstverständlicher im urbanen Raum. Diese Generation wird die heutigen Gemeindegrenzen infrage stellen. Auch die Auslagerung von Bundesämtern in die Agglomeration oder Infrastrukturvorhaben wie das Tram Region Bern überwinden Grenzen.

Siehe auch Seite 39

SP-Votum im Berner Stadtrat gegen Waldstadt

Tschäppät: «Nicht repräsentativ für SP»

Das Nein der SP-Fraktion im Berner Stadtrat zum Projekt Waldstadt ist für Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) ein «Betriebsunfall».

Die Stadt Bern darf Geld für die Projektierung der Waldstadt ausgeben. Mit 39 zu 24 Stimmen hat der Stadtrat am Donnerstag einen Vorstoss von Luzius Theiler (GPB) abgelehnt, der dies verhindern wollte. Interessant ist, dass das Grüne Bündnis (GB) die Theiler-Motion deutlich abgelehnt, die SP ihr hingegen mit 11 zu 2 Stimmen zugestimmt hatte. Die SP zeigte damit, dass sie über eine mögliche Stadterweiterung in den Bremgartenwald gar nicht erst diskutieren möchte. Einzig Beat Zobrist und Nicola von Greyerz stimmten gegen die Mehrheit ihrer Fraktion. Dabei ist die Waldstadt ein wichtiges Anliegen von Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP). Und SP-Nationalrätin Ursula Wyss ist Präsidentin des Fördervereins Waldstadt. Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP) ist erstaunt über das Votum seiner Parteigenossen. «Es kann nicht sein, dass sich die SP aus einer wichtigen Diskussion über spannende raumplanerische Fragen verabschiedet.» Das Ergeb-

nis sei ein «Betriebsunfall» und «nicht repräsentativ für die Partei». Die Meinung der Fraktion sei durch Wortführer aus der Länggasse geprägt worden. «Quartierinteressen dürfen aber nicht stärker ins Gewicht fallen als die Interessen der Stadt als Ganzes.» Er sei zuversichtlich, dass die Delegierten der SP Stadt Bern der Waldstadt gegenüber offener seien, sagt Tschäppät. Trägervereinspräsidentin Ursula Wyss hat Verständnis für eine kritische Haltung zur Waldstadt. «Es ist aber noch viel zu früh, um sich ein abschliessendes Urteil zu bilden.» In diesem Sinne bedauere sie die Haltung der SP-Stadtratsfraktion. Die Waldstadt sei ein nachhaltiges Projekt in einem gut erschlossenen Gebiet. «Die Stadt braucht bezahlbaren Wohnraum in Zentrumsnähe», sagt Wyss.

«Da bleibt nicht mehr viel Wald»

Die SP wird das Thema Waldstadt an einer der nächsten Delegiertenversammlungen diskutieren. Für SP-Stadträtin und Länggass-Bewohnerin Ursula Marti ist das Projekt nur auf den ersten Blick verlockend. Bei näherer Betrachtung zeigten sich gewichtige Nachteile. So sei die Dichte der Bebauung etwa zweieinhalb Mal so gross wie im Tscharnergut. «Da bleibt vom Wald nicht mehr viel übrig», sagt Marti. (bob)